

Gemeinderat von Zürich

27.10.99

Postulat

von Peter Marti (FDP)
und 18 Mitunterzeichnenden

GR Nr. 99 / 528

Der Stadtrat wird ersucht zu prüfen, wie alle mit öffentlichen Mitteln subventionierten oder sonstwie unterstützten Migrantenorganisationen mittels klarer Leistungsvereinbarungen verstärkt in die Assimilations- und Integrationsanstrengungen, sowie generell in die Verantwortung für ein möglichst reibungsloses Zusammenleben von schweizerischer und ausländischer Wohnbevölkerung miteinbezogen werden können. Der Aufwand der beteiligten Departemente darf insgesamt nicht weiter ansteigen; er ist mittelfristig zu reduzieren.

Begründung:

Der im stadträtlichen Bericht zur Integrationspolitik formulierte Grundsatz der "Gegenseitigkeit von Rechten und Pflichten" soll auf die Migrantenorganisationen ausgedehnt, konkretisiert, um- und durchgesetzt werden.

Hand
 C. Zinn
 M. W. ...
 D. ...
 M. ...
 A-1
 H. ...
 M. ...
 R. ...
 B. ...
 G. Marti
 M. ...
 G. ...
 P. ...
 J. ...
 O. ...
 J. ...